



Klaus Naumann
25. Mai 1939. General. Geboren in München, Abitur. 1958 Eintritt in die Bundeswehr. 1970 Ausbildung an der Führungsakademie zum Generalstabsoffizier. 1979 Referent in der Personalabteilung des Verteidigungsministeriums in Bonn. 1981 Oberst und Dezerent für Militärpolitik, Nuklearstrategie und Rüstungskontrolle im Stabe des Deutschen Militärischen Vertreters der NATO, Brüssel. 1988 Stabsabteilungsleiter im Führungsstab der Streitkräfte (Militärpolitik und Führung) im Bundesministerium der Verteidigung, Bonn. 1991 Kommandierender General des 1. Korps, Münster. 1991 Generalinspekteur der Bundeswehr.

General Klaus Naumann
Generalinspekteur der Bundeswehr, Bonn

„Europäische Sicherheit in einer Zeit des Umbruchs“

Vielen herzlichen Dank, Herr Dr. Kruse, für die freundliche Einführung und für die Vorschusslorbeeren, die es mir natürlich unheimlich schwer machen, aber in meiner Zeit als Generalinspekteur habe ich mich daran gewohnt, ständig – wie wir das im NATO-Deutsch sagen – mit uphill-battles beschäftigt zu sein. Also muss ich versuchen, auch hier der Herausforderung gerecht zu werden.

Ich danke Ihnen für die Einladung und für die Möglichkeit, Ihnen einige Gedanken zur Sicherheit, zur militärpolitischen Lage Europas, Deutschlands und den daraus abzuleitenden Herausforderungen an unser Land, für unsere Bundeswehr, aber letztlich damit auch für uns alle, für unsere Gesellschaft vortragen zu können.

Bevor ich das tue, möchte ich gerne die Gelegenheit nutzen, Ihnen und den Mitgliedern des Übersee-Clubs auch ein herzliches Wort des Dankeschöns zu sagen für Ihr großherziges Engagement für unsere Führungsakademie und für unsere ausländischen Lehrgangsteilnehmer an der Führungsakademie. Ohne die Unterstützung, die wir hier erfahren, könnten wir die Lehrgangsteilnehmer aus mehr als 30 Ländern und aus allen fünf Kontinenten nicht in dieser Weise mit Deutschland vertraut machen. Sie helfen uns so, Botschafter für Deutschland in alle fünf Kontinente zu schicken. Dafür herzlichen Dank.

Ich möchte so vorgehen, dass ich zunächst eine kurze Betrachtung der völlig veränderten Weltlage versuche, Ihnen eine Lagebeschreibung gebe, aus der ich die sicherheits- und militärpolitischen Folgerungen ableite, dann versuche, die Sicherheitsarchitektur Europas zu skizzieren und daraus abzuleiten, welche Herausforderungen auf uns Soldaten und damit auf unsere Gesellschaft zukommen.

Lassen Sie mich mit der sicherheitspolitischen Lage beginnen. Wir leben in einer Umbruchssituation. Wir erleben nicht das Ende der Geschichte, aber wir erleben eine Zeitenwende, die – wie immer in der Geschichte – mit heftigen Erschütterungen verbunden ist, und wir können heute weder die zeitliche Dauer noch das Ergebnis dieser Umbruchssituation mit Sicherheit vorhersagen. Geschichtliche Erfahrung lehrt, dass es in solchen Zeiten besonders wichtig ist, ein klares Ziel vor Augen zu haben, sich aber gleichzeitig der Risiken des Übergangs bewusst zu sein, um Vorsorge zu treffen und handeln zu können, falls die langfristigen Entwicklungen nicht so verlaufen, wie man es sich günstigstenfalls vorstellt. Wir müssen auch handlungsfähig bleiben, wenn es Rückschläge gibt.

Für die neue Weltordnung, die in der Tat die Gestaltungsaufgabe nach Ende des Kalten Krieges ist, gibt es bisher weder ein Design noch Vorstellungen über den Weg zu ihr. Wir müssen deshalb wohl davon ausgehen, dass zunächst keine Ordnung zu finden sein wird, in der immer nur rational gehandelt werden wird, und wir müssen leider – gerade auf unserem Kontinent – als Faktum zur Kenntnis nehmen, dass Gewaltanwendung und Krieg in weiten Teilen der Welt als Mittel der Politik akzeptiert werden, auch wenn wir Deutschen ganz gewiss nicht so handeln werden und auch nicht so handeln wollen. So können wir einerseits zufrieden feststellen: Die Gefahr des großen globalen Krieges, des Schattens, unter dem wir fast 45 Jahre gelebt haben, scheint für Europa gebannt. Aber wir müssen auch sagen: Die Gefahr regionaler Konflikte hat zugenommen. Und wir müssen uns wohl daher darauf einstellen, dass in den Konflikten einer unruhigen Übergangszeit vor uns Streitkräfte nicht nur zur Konfliktverhinderung zu nutzen sind, sondern auch einzusetzen sind, wenn die Politik dies so will. Die Tragödie im früheren Jugoslawien belegt dies im Grunde genommen Tag für Tag.

Wir haben nun alle den einzigartigen Vorzug, historischen Wandel mitzuerleben, bewusst mitzuerleben, denn wir erleben als Zeitzeugen das Entstehen

der multipolaren Weltordnung, die wohl das 21. Jahrhundert bestimmen wird und die die bipolare Ordnung ersetzen wird, die nach dem Zweiten Weltkrieg vorherrschte. Lassen Sie mich dazu in Strichen die Ausgangslage dieser Entwicklung skizzieren. Die Vereinigten Staaten von Amerika sind die einzige global handlungsfähige Macht. Sie müssten sich eigentlich nach innen wenden, sie können dies aber nicht, weil sie als Ordnungs- und Führungsmacht gebraucht werden. Die Vereinigten Staaten von Amerika, das kann man nach dem NATO-Gipfel letzter Woche sagen, werden deshalb globaler Akteur bleiben; der Rückzug auf ihren Kontinent ist für die Amerikaner keine Alternative. Die Vereinigten Staaten von Amerika brauchen aber Partner, Partner, die einen Teil der Last tragen wie etwa Westeuropa, wie auch Japan und sicher auch Russland, wenngleich diese Partnerschaft zurzeit nur eingeschränkt und von anderer, nicht immer berechenbarer Qualität ist. Sicherheitspartner können aber nicht Gegner im Welthandel sein, und deshalb war die rasche Lösung der GATT-Verhandlungen wichtig, auch wichtig, um ein Auseinanderbrechen der Atlantischen Allianz zu verhindern. Aber daraus wird auch erkennbar, was sich im Golfkrieg schon abzeichnete: Auch die Vereinigten Staaten von Amerika sind künftig auf Koalitionen angewiesen, sie können nicht mehr alleine handeln.

Japan und Westeuropa, die potenziellen Partner, tun sich schwer, Partner zu sein, denn sie kämpfen mit wirtschaftlichen Problemen und den Strukturkrisen, die ja nicht nur rezessionsbedingt sind, sondern die zu einem großen Teil die Folgen der vierten technologischen Revolution sind. Sie werden damit noch erhebliche Zeit beschäftigt sein, müssen sicher der Innenpolitik und den wirtschaftlichen Fragen Vorrang geben, bleiben aber außenpolitisch in ihrer Region und darüber hinaus gefordert. Denn die Weichen für die multipolare Welt von morgen werden eben jetzt gestellt. Ein Blick auf die rasante Entwicklung im asiatischen und pazifischen Raum, vor allem in China, Korea, Japan und Indonesien, zeigt ganz deutlich: Die Positionierung für die Welt von morgen ist in vollem Gange. Wer sich heute ausschließlich nach innen wendet, verspielt die Chancen in der Welt von morgen.

Europa erlebt nun eine gewaltige Verwirbelung riesigen Ausmaßes. Der Osten und die Mitte Europas streben weg von dem bisherigen Machtzentrum Moskau und wollen zum Westen. Hinzu kommt die Renaissance des Nationalismus im Osten. Sie könnte Anlass neuer Unruhen und Konflikte sein. Wir haben somit auf unserem Kontinent einen relativ stabilen Westen, im Grunde genommen identisch mit den Zonen von NATO und Europäischer Union plus einige Neutrale, eine zum Westen strebende Zwischenzone und die riesige, aber völlig instabile Russische Föderation.

Der Westen Europas aber ringt mit sich um die Verwirklichung der politischen Union und läuft Gefahr, zu erkennen, dass die noch entstehenden, ungestigten Demokratien Mittel- und Osteuropas Versicherung brauchen, um stabil zu bleiben. Diese Frage, ihnen Versicherung zu geben, ohne Russland in erneute Konfrontation zu treiben, ist sicherheitspolitisch vielleicht die vorrangige Gestaltungsaufgabe in Europa. Sie war letztlich auch das zentrale Thema des NATO-Gipfels letzte Woche, an dem ich teilnehmen durfte.

Die gefährlichen Tendenzen der Renationalisierung nehmen zu, und deshalb geht es um die Einbindung der neuen Demokratien, und es geht um die Projektion von Sicherheit. Und was wir dabei vermeiden müssen, ist ein Doppeltes. Wir müssen einerseits vermeiden, dass eine neue Trennungslinie in Europa entsteht, aber wir dürfen auf der anderen Seite auch nicht zulassen, dass es ein droit de regard oder gar ein Veto für Russland in den Fragen der Erweiterung der Allianz gibt.

Schließlich: Es gibt keine isolierte Sicherheit für Europa. Europa ist ein Brockenpfeiler im transatlantischen Sicherheitsverbund der NATO, es ist Bindeglied zu Russland, und Europa ist der nördliche Nachbar Afrikas, des wohl am meisten mit Problemen beladenen Teils der südlichen Hemisphäre. Im Herzen Europas aber liegt unser Land, liegt Deutschland, das sicherheitspolitisch mehr als alle anderen Länder Europas durch das Ende der Ost-West-Konfrontation gewonnen hat. Lassen Sie mich das in einigen Punkten skizzieren.

Deutschland, das Land mit den meisten Grenzen in Europa, hat erstmals in seiner Geschichte keinen Staat als Nachbarn, den wir nicht als Verbündeten oder Freund bezeichnen können. Ich glaube, nichts als dieser schlichte Satz kennzeichnet mehr den gewaltigen Erfolg der Sicherheitspolitik.

Deutschland ist zum Zweiten nicht länger Frontstaat, und damit haben wir zum ersten Mal in diesem Jahrhundert die Chance, Konflikte von uns fern zu halten.

Drittens ist Deutschland durch seine Einbindung in den Westen nicht mehr in der politisch so problematischen Mittellage, die so oft in unserer Geschichte letztlich die Ursache der Kriege gewesen ist.

Und schließlich viertens: Deutschland ist nicht mehr in der strategischen Reichweite von Streitkräften, die zu Offensive und Landnahme befähigt sind. Das Herzland Europas ist somit sicherheitspolitisch in einer günstigen stabilen Lage, jedoch in einem unruhigen Kontinent voll Ungewissheit und Unsicherheit. Diese Lage zu nutzen und als Chance zur Gestaltung zu begreifen scheint mir Vorzug und Herausforderung zugleich zu sein. Wir haben also ein Ziel: Was zu gestalten ist, ist der Weg, und wir Soldaten – schlicht wie wir erzogen sind – gehen darauf immer so zu, dass wir zunächst die Risiken identifizieren, die zwischen uns und dem Ziel liegen, und Möglichkeiten suchen, diese auszuschalten.

Europa muss sich im Wesentlichen auf drei Risikobereiche einstellen. Erstens: Risiken, die aus dem Zerfall der früheren Sowjetunion entstehen. Zweitens: Risiken, die ihre Ursachen in den vielfältigen ungelösten nationalen und ethnischen Fragen in Europa haben. Und drittens: Risiken, die aus den Randzonen Afrikas und Asiens auf uns ausstrahlen können.

Aus dem Zerfall der früheren Sowjetunion, dem gewaltigen Umbauprozess eines riesigen Landes ohne jegliche demokratische Erfahrung und ohne ausreichende demokratische Kontrollmechanismen, vor allem ohne jede Aussicht auf rasche wirtschaftliche Gesundung, entstehen Risiken. Bedenken wir dabei bitte, dass Russland im Grunde genommen den Schritt aus dem Feudalismus in die Demokratie wagt, ohne geistesgeschichtlich jemals die Periode der Aufklärung erlebt zu haben, die für alle westlichen Demokratien die Voraussetzung für das Menschenbild ist, das Demokratie prägt. Und das Abschneiden der Hosen durch Peter den Großen betrachte ich nicht als das Erleben der Aufklärung.

Gleichzeitig wird der Sprung aus der scheinbaren Vollbeschäftigung der sozialistischen Planwirtschaft in die Marktwirtschaft gewagt. Wenn ich so sagen darf: Aus unserem Mikroexperiment – global gesehen – mit der Umwandlung der Wirtschaft in den fünf neuen Bundesländern wissen wir, dass dies ein Prozess über Jahre ist, dass er nahezu per definitionem zu rund 30% Arbeitslosigkeit führen kann und demzufolge nur in Ruhe zu bewältigen ist, wenn er mit einem gewaltigen finanziellen Transfer abgefedert wird. Diese Voraussetzung ist in Russland nicht gegeben. Die Wechselwirkung zwischen wirtschaftlichem Erfolg und Stabilität einer Demokratie kennen aber gerade wir Deutschen. Und daher dürfen wir auch die Ergebnisse der Wahlen in Russland nicht nur euphorisch bewerten. Die im Dezember letzten Jahres erfolgte Volksabstimmung in Russland zeigt, dass die Entwicklung zur Demokratie dort keineswegs ungefährdet ist. Bedenken wir schließlich auch, daß die gute Nachricht, daß Russland eine demokratisch zustande gekommene Verfassung hat, die dem Präsidenten eine ungewöhnlich starke Stellung gibt, nur so lange eine gute Nachricht bleibt, solange der Präsident auf demokratische Reformen verpflichtet ist.

Wir werden vermutlich in dem noch lange Jahre dauernden Prozess des Zerfalls und Umbaus weitere Rückschläge erleben, und wir werden auch noch mehr Gewalt auf dem Gebiet der früheren Sowjetunion erleben, als es in den in unserer Öffentlichkeit ja schon fast vergessenen, aber immerhin schon fünf Jahre dauernden Kriegen im Kaukasus Tag für Tag der Fall ist.

Wir müssen die Ungewissheit vor unserer Tür im Auge behalten, und wir sollten begreifen, warum unsere unmittelbaren Nachbarn im Osten besorgt sind. Auch für uns gilt: Wachsamkeit ist und bleibt der Preis der Freiheit. Und das gilt insbesondere vor dem Hintergrund der militärischen Lage in Europa, bei

dem man zwei wesentliche Fakten nicht vergessen darf.

Erstens die strategischen Nuklearwaffen, von denen auch im Jahre 2005, wenn alle Verträge ratifiziert und implementiert sind, noch immerhin 3250 Waffen in Russland vorhanden sein werden. Das Abkommen mit der Ukraine vom 14. 1. 94 ist ein ganz entscheidender Schritt, sicherheitspolitisch vielleicht das Ereignis des bisherigen Jahres, um dies zu ermöglichen, aber der kleine Haken ist dabei: Die noch zu wählende Rada, das ukrainische Parlament, muss diesen Vertrag ratifizieren.

Zweitens das konventionelle Bild. Die konventionellen Streitkräfte der russischen Föderation von 1,5 bis 2 Millionen Mann Friedensstärke, deren kontinuierliche Ausstattung mit moderner Ausrüstung Jelzin im Dezember versprochen hat, gilt es ebenso im Auge zu behalten wie einzelne Komponenten daraus. Und hier macht mir als deutschem Soldaten durchaus gewisse Sorge das Kommando „Mobile Kräfte“, das 40 000 bis 50 000 Mann innerhalb von ein bis drei Tagen und weitere 80 000 bis 100 000 Mann innerhalb von drei bis sieben Tagen für eine globale Verwendung einsatzbereit haben soll. Wir müssen deswegen einem solchen Militärpotenzial ein Gleichgewicht der Optionen als Voraussetzung einer kooperativen Sicherheitspolitik gegenüberstellen. Schon aus diesem Grund bleibt das Bündnis mit den Vereinigten Staaten von Amerika, die NATO, eine angemessene eigene Verteidigungsfähigkeit und der Ansatz kooperativer Politik Grundlage deutscher Sicherheitspolitik.

Russland hat zwar die Rolle seiner konventionellen Streitkräfte und seines Nuklearpotenzials in der im November erlassenen Militärdoktrin modifiziert und auf Defensive ausgerichtet. Das ist ein Fortschritt, aber es bleiben Fragen, Fragen nach dem Einsatz im nahen Ausland, wie die Staaten um Russland herum aus dem Bereich der früheren Sowjetunion genannt werden, Fragen auch nach dem Einsatz russischer Streitkräfte außerhalb Russlands zur Wahrung russischer Interessen, wie es in der Doktrin heißt, oder zum Schutz russischer Minderheiten.

Nach meiner Auffassung sollte Russland im Sinne gebotener Vertrauensbildung die bislang nicht veröffentlichte Militärdoktrin so rasch wie möglich veröffentlichen, so, wie es die NATO 1991 mit ihrer Militärstrategie ebenfalls getan hat. Unklarheiten in einem solchen Bereich und Spekulationen erzeugen Misstrauen und erzeugen Befürchtungen. Wir müssen deshalb Offenheit und Transparenz fordern; das ist die Voraussetzung echter Freundschaft und echter Partnerschaft. Ich werde bei meinem Gespräch mit dem russischen Generalstabschef Koleschnikov am Rosenmontag diesen Punkt ganz deutlich machen mit dem einfachen und schlichten Charme des Soldaten.

Zweitens entstehen Risiken aus der zeitgleichen Renaissance von Nationalismus und religiösem Fanatismus im Osten Europas – aus den vielen unge lösten ethnischen Fragen, aus den immer wieder überdeckten Folgen gewalt samer Grenzverschiebungen im Laufe der europäischen Geschichte und – wenn Sie so wollen im Südosten Europas – aus den letztlich nicht bewältigten Folgen des Zerfalls des Habsburger Reichs und des Osmanischen Reichs. Die Tragödie im früheren Jugoslawien könnte nur ein Vorspiel sein, wenn es Europa nicht gelingt, diesen Konflikt einzudämmen und eine Ausweitung in einen Balkankrieg zu verhindern. Und wir müssen, ohne jetzt zurückzusehen, die Konsequenz aus dem Beispiel Jugoslawien ziehen. Niemand in Europa darf künftig die Gewissheit haben, man könne ungestraft Völkermord begehen und Grenzen gewaltsam verändern. Lassen wir das zu, dann kehren wir zum Recht des Stärkeren in Europa zurück. Wir müssen deswegen Wege finden, von Gewaltanwendung abzuschrecken und den Bedrohten vorbeugend Schutz zu geben. Und letztlich heißt das, wir müssen in Europa zu der Geschlossenheit, aber auch Entschlossenheit zurückfinden, für die Erhaltung des Friedens notfalls auch zu kämpfen.

Wir müssen dabei aber auch ganz nüchtern erkennen: Militärische Mittel können keine Konfliktlösungen herbeiführen, wenn der Wille der Konflikt partien zum Frieden nicht gegeben ist. Deshalb gibt es für Jugoslawien – bei allem Erschrecken über die Tragödie dort – auch keine militärische Lösung, die das Töten in vorhersehbarer Zeit dort beenden könnte. Was man, unter

stützt durch militärische Mittel, erreichen kann, ist die Eindämmung des Konflikts und damit die Verhinderung der Ausweitung.

Und schließlich entstehen Risiken aus der höchst instabilen Zone von Marokko zum Indischen Ozean, die auf Europa ausstrahlen könnten. Das ist eine Zone voll innerer und äußerer Instabilität, eine Zone voller Konfliktursachen, in der Proliferation moderner Waffen bestenfalls noch eingedämmt, aber nicht mehr rückgängig zu machen ist, und eine Zone, in der die Bereitschaft zur Gewaltanwendung tendenziell höher ist als in Europa. Daraus können völlig neue Formen von Konflikten entstehen – vom Staatsterrorismus bis hin zum Umweltkrieg, den Saddam Hussein in relativ kleinem Maße schon einmal vorexerziert hat. Der Blick auf den Südrand des Mittelmeers und die von dort zu ziehende Verbindung zum Krisengebiet Nahost, aber auch zu dem neuen Spannungsdreieck Türkei, Iran, Kaukasus zeigt das Krisenpotenzial vor der Haustür Europas und macht deutlich, dass es nicht mehr genügt, Sicherheit in Europa zu gestalten, es geht darum, Sicherheit für Europa zu erreichen.

Doch selbst dieser Blick mag noch zu kurz gesteckt sein, betrachtet man die Gefahr nuklearer und chemischer Proliferation in Verbindung mit der Weitergabe von Raketentechnologie. Und so darf nicht hingenommen werden, wenn beispielsweise ein Land wie Nordkorea den Atomwaffensperrvertrag aufkündigt. Das ist ein Ereignis, das uns in unserer eigenen Sicherheit ganz elementar berührt, auch wenn es 20 000 km entfernt ist.

Dieser kurze Blick auf die Risiken zeigt: Kaum eines der Risiken kann militärisch beseitigt werden, weil die Ursachen der Risiken nur politisch bekämpft werden können. Sie zeigen aber auch, dass man diesen Risiken nur kollektiv und aktiv, nicht länger reagierend gegenüberstehen kann. Das Festhalten an der NATO ist deshalb ebenso notwendig wie die Förderung multinationaler Streitkräftestrukturen. Aber bevor man an die Streitkräfte denkt, muss man zunächst ein Konzept für die politische Gestaltung dieser Aufgabe entwerfen und aufzeigen, welche Rolle Streitkräfte darin spielen können und sollen.

Lassen Sie mich versuchen, dies, abgeleitet aus den politischen Erklärungen und Dokumenten der Bundesregierung, in fünf Punkten zu skizzieren.

Erstens. Sicherheit ist eine Aufgabe der internationalen Staatengemeinschaft. Sicherheit kann nicht mehr national, sondern nur gemeinsam mit Partnern erreicht werden. Die Sicherheit Deutschlands ist dabei untrennbar mit der Sicherheit aller Staaten Europas verbunden. Es darf deswegen keine neuen Trennungslinien geben, ein Fortschreiben der NATO-Grenze an Oder und Neisse wäre langfristig eine solche Trennungslinie und kann deswegen nicht in unserem Interesse sein.

Zweitens. Sicherheit ist ganz gewiss nicht mehr territorial zu definieren. Die Sicherheit von Staaten lässt sich nicht durch den Schutz von Grenzen gewährleisten. Der Zusammenschluss Europas spricht ebenso dagegen wie die Art der neuen Risiken. Denn es bestehen Gefährdungspotenziale, die Grenzen und Kontinente überschreiten können. Und deswegen ist der aus den Denkkategorien des Kalten Krieges stammende Begriff out of area in der neuen Situation schlicht out of business. Im Übrigen war es immer eine unzulässige Verkürzung des NATO-Vertrags, zu behaupten, der Einsatz von NATO-Streitkräften sei auf das Vertragsgebiet begrenzt. Das können nur die behaupten, die nur bis zum Artikel 6 gelesen haben.

Sicherheit ist – drittens – eine gesamtpolitische Aufgabe. Sie erfordert eine konzeptionelle Gesamtbetrachtung der politischen, ökonomischen, ökologischen, sozialen und militärischen Aspekte. Militärische Mittel sind dabei immer die ultima ratio. Allerdings müssen wir „ultima“ einmal richtig übersetzen. Es ist nicht das letzte Mittel der Politik, sondern das äußerste Mittel der Politik.

Viertens. Sicherheitspolitik als Gesamtaufgabe unter den neuen strategischen Bedingungen lässt sich weder inhaltlich noch geographisch, noch institutional eingrenzen. Wir brauchen einen breiten politischen Ansatz, ein flexibles Instrumentarium internationaler Politik, und deswegen muss eine Sicherheitsarchitektur europäische wie transatlantische Prozesse umfassen. Für

Deutschland ist in diesem Zusammenhang das Bündnis mit den USA unverzichtbar, und das ist die NATO. Die NATO muss zur kollektiven Verteidigung fähig bleiben, aber sie muss noch stärkeres Gewicht auf Krisenmanagement legen, sie muss die Kooperation mit den Staaten des früheren Warschauer Vertrages ausbauen und im Sinne einer Projektion von Stabilität auch die Perspektive einer Erweiterung geben, ohne damit die Frage der Erweiterung jetzt zum Gegenstand politischer Entscheidung zu machen. So sehe ich auch die Ergebnisse des jüngsten NATO-Gipfels, die es nun mit Leben zu erfüllen gilt. Und schließlich fünftens. Für Deutschland als eine kontinentale Mittelmacht mit weltweiten wirtschaftlichen Interessen ist Bündnisfähigkeit die Grundlage seiner Politikfähigkeit und Interessensicherung. Demzufolge muss Deutschland grundsätzlich in der Lage sein, seine Verpflichtungen als UN-Mitglied, die wir ohne Vorbehalt übernommen haben, ebenso zu erfüllen wie die Pflichten eines NATO- und WEU-Mitgliedes. Es geht schließlich in der politischen Diskussion unseres Landes darum, grundsätzlich Ja zu sagen, damit man im Einzelfall die Freiheit gewinnt, ohne Schaden Nein sagen zu können.

Diese Feststellung allein macht deutlich, welcher Schaden, welcher außenpolitische, aber auch wirtschaftliche Schaden entstehen würde, wenn wir uns durch eine – wie auch immer begründete – Verweigerungshaltung internationalen Verpflichtungen entziehen würden. Sie zeigt aber auch, dass wir im Prozess europäischen Zusammenwachsens manche unserer Regelungen, unserer nationalen Regelungen überdenken müssen, denn wir können einfach nicht erwarten, dass unsere Regelungen von unseren europäischen Partnern übernommen werden.

Aus diesen Punkten ergeben sich Folgerungen für die europäische Sicherheit. Das Jahr hat sicherheitspolitisch für Europa nicht so ungünstig begonnen, wie es haushaltspolitisch für uns im Verteidigungsministerium begonnen hat. Wir haben beim Gipfel die Unterstützung der Vereinigten Staaten für die Entwicklung einer europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität erhalten, die es uns ermöglicht, Mittel und Ressourcen der NATO für eigenständiges europäisches Handeln zu nutzen. Das bedeutet allerdings auch Verpflichtung. Die Vereinigten Staaten von Amerika verbinden damit die Erwartung, dass die Europäer in und nach Abstimmung mit den USA auch handeln, sei es selbstständig, sei es unter dem Dach von Europäischer Union und WEU, sei es im Auftrag der Vereinten Nationen oder sei es zusammen mit den Vereinigten Staaten unter dem Dach der NATO. Der Gipfel hat ferner mit der Partnerschaft für den Frieden das Signal von London 1989, in dem die Allianz die Hand zur Beendigung der Konfrontation ausstreckte, vollendet, indem die NATO nun die Toren zur Erweiterung geöffnet hat. Damit ist ein Prozess eingeleitet, der nach meiner Einschätzung unumkehrbar ist und der zur Erweiterung und zur Aufnahme neuer NATO-Mitglieder in einer behutsamen Evolution führen wird.

Damit werden jetzt Versprechen vermieden, die gegenwärtig eventuell im Ratifizierungsprozess der 16 NATO-Staaten scheitern könnten. Denn Mitgliedschaft heißt Schutzgarantie, und ich glaube, gerade vor dem Hintergrund der Geschichte Europas in diesem Jahrhundert wäre nichts schlimmer als eine Schutzgarantie, die nicht erfüllt würde, wenn sie denn eingefordert würde.

Dennoch machte der NATO-Gipfel auch klar: Die Entscheidung über die Erweiterung ist und bleibt Sache der NATO-Staaten und der Bewerber um die Mitgliedschaft. Der Bundeskanzler hat dies ebenso eindeutig gesagt wie Präsident Clinton.

Und schließlich – ich erwähnte dies bereits – brachte uns die letzte Woche einen gewaltigen Schritt vorwärts in dem Vertrag zwischen Russland, den Vereinigten Staaten und der Ukraine.

Mit dem Brüssler Gipfel ist nun die nächste Phase der Umwandlung der Allianz eingeleitet. Der strategische Gehalt der NATO wird um Krisenmanagement und Unterstützung friedenswahrender Operationen erweitert. Neben Abschreckung durch Verteidigungsfähigkeit und Kooperation mit den Gegnern von einst tritt nun aktives vorbeugendes Krisenmanagement. Dabei muss die NATO sicherlich noch mehr als bisher Optionen nichtmilitärischer,

vorbeugender Krisenverhinderung mit einbeziehen, aber sie muss auch Klarheit hinsichtlich regionaler Verantwortung und globaler Mitwirkung schaffen.

Damit ist das Verhältnis zu den Vereinten Nationen angesprochen. Kein Zweifel, die NATO darf nicht einfach Mandatnehmer werden. Sie muss selbst entscheiden können, ob sie einen Auftrag annimmt oder nicht. Ein wichtiger Schritt, um dies zu schaffen, sind die Kommandostrukturen, die es umzuwandeln gilt, und das ist der Kern der Combined Joint Task Forces und nicht die Schaffung neuer Streitkräftestrukturen, wie es gelegentlich in dem einen oder anderen Pressebericht zu lesen war. Was hier entsteht, sind nichts weiter als Stabselemente, die in der Lage sind, Operationen in Krisen zu führen. Der Vorzug ist, dass sie so zu gestalten sein werden, dass Frankreich und Spanien, die nicht an der militärischen Integration teilnehmen, an diesen Strukturen teilhaben können, ohne sozusagen gezwungen zu werden, unter Gesichtsverlust in die Integration zurückzukehren.

Schließlich gibt diese Initiative partnership for peace eben auch eine versichernde Perspektive an die Staaten Mittel- und Osteuropas. Ich bin darauf bereits eingegangen. Hier werden wir schon sehr bald in konkreten Schritten mit den unmittelbaren Nachbarn auch von deutscher Seite aus bi- oder trilaterale Aktivitäten unternehmen. Ich füge hinzu: Ich glaube, es wäre eine Krönung der Geschichte dieses Jahrhunderts, wenn Deutsche, Polen und Tschechen in einem Bündnis zusammenarbeiten könnten.

Die Allianz hat ihre Bereitschaft bekräftigt, für friedenswährende Operationen der Vereinten Nationen oder der KSZE zur Verfügung zu stehen. Peacekeeping wird aber nicht die primäre militärische Aufgabe der NATO sein. Bei einem Verteidigungsbündnis muss der Schutz des Territoriums primäre Aufgabe bleiben. Das hat der Brüssler Gipfel bestätigt. Peacekeeping und UN-Missionen sind aber der Teil eines militärischen Einsatzspektrums, der bei uns in Deutschland heftig umstritten ist. Da hier die Diskussion sehr oft in beträchtlicher Unschärfe geführt wird, möchte ich zumindestens versuchen, definitorische Klarheit zu schaffen.

UN-Einsätze erfolgen auf der Grundlage der Kapitel 6 und 7 der Charta der Vereinten Nationen. Wir haben diese Charta ohne Vorbehalt angenommen, als der Deutsche Bundestag 1973 mit den Stimmen aller Parteien den deutschen UNO-Beitritt vollzog. Ich glaube, ein Zeuge ist im Raum. Nach der UNO-Charta sind Maßnahmen zur direkten humanitären Hilfe möglich, ich nenne hier kurz die wohl unstrittige Katastrophenhilfe. Es sind dann möglich friedenserhaltende Maßnahmen, friedensschaffende Maßnahmen und bewaffnete Hilfeleistung.

Friedenserhaltende Maßnahmen sind z.B. vorbeugende Entsendung von Truppenteilen und Beobachtern, aber auch ausdrückliche Schutzmaßnahmen, die die Sicherung humanitärer Hilfe einschließen. Diese werden gemeinhin „Blauhelm-Missionen“ genannt, ein Begriff, der übrigens in der Charta der Vereinten Nationen überhaupt nicht erwähnt wird.

Friedensschaffende Maßnahmen sind beispielsweise Dinge wie Intervention multinationaler Streitkräfte, also Erzwingen der Fähigkeit zum Frieden, Entwaffnung von Banden oder von Streitkräften.

Schließlich gibt es die bewaffnete Hilfeleistung für Staaten nach Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen. Das ist die Form von Einsatz, die jede Nation ohne ein Mandat des Sicherheitsrats nach eigenen Entscheidungen treffen kann.

Die Maßnahmen, die dieses Spektrum umfasst, reichen somit von der bewaffneten Intervention bis hin zur Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung zum Beispiel durch Wiederaufbau staatlicher Institutionen – ein Versuch, den die UNO erstmalig in Kambodscha unternommen hat, als sie eine Übergangsregierung durch Friedenstruppen stellen ließ. UN-Maßnahmen sind auch die Förderung des Prozesses politischer Mitwirkung wie zum Beispiel Wahlbeobachtung oder die Entsendung von Beobachtern oder Kontrollleuren im Vollzug eines Waffenstillstands. All diese Maßnahmen können im Laufe des Friedensprozesses in einem Land, in dem UN-Truppen eingesetzt sind, ineinander übergehen oder nacheinander erfolgen. Eine chemisch reine

Trennung zwischen Kapitel -6- und Kapitel -7- Maßnahmen ist somit bestensfalls in akademischen Stuben, aber nicht in der realen Welt möglich.

Was man in unserer unruhigen Welt zunehmend braucht, ist ein robustes Mandat zur Durchsetzung des Auftrags der Friedenstruppen. Deswegen müssen truppenstellende Nationen sich vor Entsendung und vor der politischen Entscheidung klar sein, dass sie angesichts der Realitäten in unserer unruhigen Welt eben auch bereit sein müssen, gegebenenfalls Risiken auf sich zu nehmen. Die Lage in unserer Welt wird man nur zum Besseren wenden können, wenn alle UN-Mitglieder im Grundsatz bereit sind, ihren Beitrag ohne Vorbehalt zu leisten, und dabei auch bereit sind, Risiko auf sich zu nehmen. Das heißt nicht, dass immer alle dabei sein müssen. Das heißt auch nicht, dass es einen Automatismus gibt. Aber aus der Bereitschaft, im gesamten Spektrum Ja zu sagen, gewinnt ein Land die Freiheit, im Einzelfall und ohne Schaden und ohne hämische Kommentare über die Verlässlichkeit im Einzelfall auch Nein zu sagen.

Eine solche grundsätzliche Entscheidung heißt aber auch, nicht in Panik den Abbruch einer UN-Operation zu fordern, wenn Verluste eintreten oder wenn es zu dem risikoreichen Teil des Kapitels 7 kommt. Tut man dies und würde eine solche Entscheidung sozusagen in Konserven treffen, dann nimmt man sich selbst Handlungsfreiheit und macht sich und die Vereinten Nationen erpressbar. Wer dies tut, der gibt den Aidids, den Milosevics und wie die kleinen Schurken dieser Welt noch alle heißen, letztlich plein pouvoir und entwertet die UNO. Dann auf die Vereinten Nationen zu schimpfen, halte ich für ebenso verfehlt, wie man gelegentlich die NATO beschimpft hat, weil der politische Wille zum Handeln fehlte. Es sind wir, die die Vereinten Nationen schwächen, wir, die zu den UNO-Einsätzen beitragen.

Wir Soldaten werden den Politikern, die Entscheidungen zu treffen haben, immer sagen müssen – und tun dies auch –, dass wir zwar alles tun werden, um Verluste zu verhindern, aber wir können sie nicht ausschließen. Unsere eigene traurige Erfahrung in Kambodscha ist ebenso ein Beleg dafür wie die 800 Toten, die die Vereinten Nationen bisher in so genannten „Blauhelmmissionen“ hatten. Und allein unsere französischen Freunde haben jetzt in Jugoslawien mehr als 27 Menschen verloren. Wir werden also diesen Punkt immer deutlich machen müssen: Es gibt keinen UN-Einsatz ohne Risiko. Demzufolge hoffe ich auch, dass dem breiten Spektrum der UN-Einsätze entsprechend die Klarstellung des Grundgesetzes erfolgt, auf die wir Soldaten noch immer hoffen.

Aus diesen Punkten, aus dieser Situation der Lage, entstehen Folgerungen für die Sicherheitsvorsorge Deutschlands. Wir müssen die Sicherheitsvorsorge unseres Landes anpassen. Der erste Schritt dazu war der neue Auftrag der Bundeswehr, der Grundlage des Umbaus der Bundeswehr ist. Dieser Auftrag ist am 19. Februar 1992 vom Bundeskabinett beschlossen worden, und er lautet in fünf Sätzen: Die Bundeswehr schützt Deutschland und seine Staatsbürger gegen politische Erpressung und äußere Gefahr. Die Bundeswehr fördert die militärische Stabilität und die Integration Europas. Die Bundeswehr verteidigt Deutschland und seine Verbündeten. Die Bundeswehr dient dem Weltfrieden und der internationalen Sicherheit im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen. Die Bundeswehr hilft bei Katastrophen, rettet aus Notlagen und unterstützt humanitäre Aktionen.

Diesem Auftrag entsprechend wurde der Umbau der Bundeswehr in Krisenreaktionskräfte, Hauptverteidigungsstreitkräfte und eine militärische Grundorganisation eingeleitet. Wir werden einen Teil der Bundeswehr als Krisenreaktionskräfte zum sofortigen Einsatz verfügbar halten, und im Gegensatz zu den Hauptverteidigungsstreitkräften, in denen wir Wehrpflichtige und Reservisten ausbilden, um sie für die Landesverteidigung einzusetzen, werden wir bei den Krisenreaktionskräften wohl vorwiegend Zeit- und Berufssoldaten verwenden.

Diese Krisenreaktionskräfte sind relativ begrenzt im Umfang, aber sie müssen eben durch präsente und teilpräsente Kräfte ergänzt oder abgelöst werden können. Eine alte Faustregel der UNO ist, dass man etwa die dreifache Menge von Truppe, die man einsetzt, im Grunde genommen in der Hinterhand haben

muss, um Ablösung durchführen zu können. Wir werden die Umstellung der Krisenreaktionskräfte etwa um die Jahrtausendwende, Teile davon erst nach der Jahrtausendwende erreichen können.

Die Hauptverteidigungskräfte sind der bekannte Teil der Bundeswehr. Sie sind Eckpfeiler der bündnisgemeinsamen Landesverteidigung, und wir werden sie noch stärker als bisher auf Ausbildung als Voraussetzung der Mobilmachung und weniger auf Einsatzbereitschaft ausrichten müssen.

Schließlich haben wir als drittes Element eine so genannte militärische Grundorganisation. Sie schafft als Streitkräftebasis Inland die Voraussetzung für Betrieb, Ausbildung, materielle und personelle Einsatzbereitschaft. Die Einnahme dieser neuen Struktur ist in vollem Gange. Sie wird organisatorisch bis Mitte nächsten Jahres weitgehend abgeschlossen sein, wenngleich abhängig von Haushalt und weiteren Planungen der Ausbau der Bundeswehr vermutlich erst im nächsten Jahrzehnt abgeschlossen sein wird. Wir streben auch noch mehr Aufgabenteilung im Bündnis an. Wir werden das allerdings nur realisieren können, wenn unsere Bündnispartner sich auch darauf verlassen können, dass wir die Teile, mit denen wir Deutschen beitragen, auch tatsächlich einsetzen.

Ich habe vor kurzem mit meinem holländischen Kameraden darüber gesprochen, gemeinsam ein Marineaufklärungsflugzeug als Ersatz für unsere alternde Bréguet Atlantic in Dienst zu stellen und gemeinsam zu betreiben. Das würde uns beiden Millionen sparen. Er sagte: Großartige Idee, machen wir sofort, du musst mir nur eines versprechen: Wenn wir sie einsetzen müssen, geht ihr nicht nach Karlsruhe, und dann war das Thema zunächst mal durch. Ich kann ihn gut verstehen. Ich würde es auch nicht machen. Das ist wieder der Punkt, grundsätzlich Ja zu sagen, damit man im Einzelfall auch Nein sagen kann.

Ich erwähne das auch, weil wir im Zusammenhang mit den Diskussionen um den AWACS-Einsatz und auch Tag für Tag in der Adria immer wieder erleben, dass unsere Bündnispartner bereit sind, mit uns gemeinsam kostspielige Lösungen anzugehen, wenn sie die Gewissheit haben, dass wir auch tatsächlich mitmachen. Ich sage auch vor diesem Kreis: Mich hat es kurz vor Weihnachten auf einer deutschen Fregatte in der Adria wirklich im Inneren getroffen, als ein Auftrag an einen Marineflieger erteilt wurde, ein Schiff in den albanischen Hoheitsgewässern, die Albanien der NATO zur Benutzung angeboten hat und freigegeben hat, zu identifizieren; identifizieren ist ja noch nicht sonderlich kriegerisch, da fliegt man mal hin und guckt, wie der heißt. Und dann wird über die Funkzentrale der NATO gesagt: Machen Sie das bitte, Maritime Patrol Aircraft XY, und es kommt der Nachsatz: or are you German?

Meine Damen und Herren, so etwas erscheint vielleicht lächerlich, aber im Selbstverständnis von uns Soldaten ist es Tag für Tag ein Verbiegen der Psyche von Leuten, die nichts weiter tun als einen Auftrag ausführen, den ihnen die Politik gegeben hat, und das bleibt auf Dauer nicht ohne Schaden.

Was wir aber für diesen Umbau nun brauchen, ist ein Dreifaches: Wir brauchen Rückhalt in der Bevölkerung, wir brauchen ausreichendes qualifiziertes und mobiles Personal – ich betone mobiles, denn wir werden eine mobile Organisation bleiben –, und wir brauchen eine Finanzausstattung, die Planung erlaubt und die Verteidigungspolitik nicht zur Geisel der Kassenlage macht.

Die Verfestigung der Finanzperspektive als Planungsgrundlage ist für die weitere Entwicklung der Streitkräfte von entscheidender Bedeutung. Weder der Bundesminister der Verteidigung noch irgendein Soldat werden sich Einschränkungen und notwendigen finanziellen Opfern verschließen. Aber wir müssen darauf hinweisen, dass es eine Wechselwirkung gibt zwischen dem unzerteilten Auftrag, dem Finanzrahmen, dem Umfang der Bundeswehr, der Modernität unseres Materials und der Ausbildung.

Streitkräfte sind ein komplexer und empfindlicher Mechanismus, in den man nicht nach Belieben eingreifen kann. Auftrag, Personalumfang, Wehrsystem, Materialausstattung und Finanzen sind sozusagen ein System kommunizierender Röhren. Jede Änderung in einer Röhre hat Auswirkungen auf die ande-

ren. Und kurzfristige Änderungen im laufenden Haushaltsjahr sind im Grundsatz so gut wie gar nicht möglich. Diese Wechselbeziehung und die relativ hohe Bindung des Haushalts bereits im Vorjahr – und im Haushalt '94 war die Situation so, dass bei Anmeldung rund 90 % des Ansatzes bereits faktisch oder rechtlich gebunden waren – sind im Grunde genommen sehr wenigen bekannt, und deswegen wird gelegentlich doch recht leichtfertig der Verteidigungshaushalt zur Dispositionsmasse erklärt. Im Verteidigungshaushalt '94 ist kaum noch Luft, und deswegen hat Minister Rühe durchaus Recht, wenn er gestern sagte, die Schmerzgrenze für ihn ist überschritten.

Erfolgt ein Ansatz wie jetzt, dann bedeutet das entweder das Erzeugen einer Bugwelle in den Folgejahren oder einen tiefen Eingriff in den Betrieb oder strukturelle Veränderungen mit Auswirkungen auf die Auftragserfüllung. Die Entscheidung auch darüber ist letztlich Sache der Politik. Aber wir müssen dabei auch deutlich machen: Wir können das den Soldaten letztlich nur klarmachen, wenn so etwas wie Licht am Ende des Tunnels besteht und ihnen deutlich gemacht wird, dass eine gewisse Ausgewogenheit von Auftrag und Mitteln zumindest in den Folgejahren gewährleistet wird. Man muss wissen, dass die Folgen, die jetzt entstehen, nicht kurzfristig revidierbar sind. Änderungen, die wir jetzt vornehmen müssen, bedeuten Abbau von Kapazitäten bei uns wie in der wehrtechnischen Industrie. Sicherheits- und militärisch gibt es aber, wie ich in meiner Lagebeschreibung darzulegen versuchte, keinen Anlass, vom geplanten Umfang der Bundeswehr und dem eingeschlagenen Grundkurs der Neugestaltung erheblich abzuweichen. Verteidigungspolitik darf sich nur nach den sicherheitspolitischen Notwendigkeiten eines Landes richten und darf nicht nur aktuellen Mangel verteilen, wie das der Bundeskanzler und der Verteidigungsminister genau mit diesen Worten in der letzten Woche erklärt haben.

Verteidigungspolitik ist Interessenpolitik und dient vorbeugendem Schutz. Wir sind jetzt an einem Punkt angelangt, wo weitere Abstriche bedeuten, dass Optionen deutscher Sicherheitspolitik aufgegeben werden in der Verteidigung wie in der Rüstungsfähigkeit. Die Folge ist – ganz nüchtern gesagt – eine Reduzierung des deutschen Gewichts auf der internationalen Waage des Einflusses. Aus diesem Grund ist die Zusage des Bundesfinanzministers, es für 1995 und folgende bei 47,5 Milliarden DM zu lassen, für die Zukunft der Bundeswehr entscheidend. National ist sie das Licht am Ende des Tunnels, das der Truppe hilft, das Jahr '94 durchzustehen, weil dahinter eine Perspektive erkennbar ist. International ist es ein Signal, dass Deutschland Sicherheitspolitik nach Interessen und Bündnisverpflichtungen betreibt, verlässlich bleibt und dabei auch ein Kooperationspartner bleibt.

Die Entscheidungen, die nun anstehen, berühren die Menschen in der Bundeswehr ganz unmittelbar. Diese Menschen in der Bundeswehr – das sind nicht nur die Soldaten, das sind auch ihre Familien – hatten in den letzten Jahren Herausforderungen zu bewältigen wie kaum jemals zuvor in der deutschen Militärgeschichte. Wir mussten in einer Spanne von nur drei Jahren den Abbau von fast 600000 Soldaten am Tag der Vereinigung auf 370000 bis Ende dieses Jahres bewältigen. Wir werden das pünktlich durchführen. Das bedeutet für viele Soldaten Wechsel. Ich habe aus meiner Zeit als Kommandierender General des 1. Korps in Münster einen Oberstabsfeldwebel vor Augen, der mir sagte: „Ich bin 33 Jahre Soldat, ich bin noch nie umgezogen, ich weiß gar nicht, wie man das macht. Aber meine ganze Familie muß sich zutiefst in ihrem ganzen Leben umstellen.“ Das haben die alles völlig klaglos ertragen. Wir werden in diesem Jahr noch 20000 Soldaten – wie man so schön sagt – abbauen, völlig ruhig und nicht, wie es in anderen Gruppen unserer Gesellschaft üblich ist, die Republik stillstehen zu lassen, wenn der Arbeitsplatz von einer Rheinseite auf die andere verlegt wird.

Die Soldaten der Bundeswehr haben sich auch der Herausforderung deutsche Einheit gestellt. Wir haben das getan, ohne nach finanziellen Zulagen zu fragen. Die Soldaten haben sich einer einmaligen nationalen Herausforderung gestellt, und sie haben eine Gemeinschaftsleistung und – ich glaube – eine historische Tat vollbracht. Wir sind als Deutsche zu Deutschen in die neuen Bundesländer gegangen ohne Zögern, ohne Murren, ohne – wie bei uns

üblich – erst mal nach mehr Geld zu fragen.

Und was das heißt, lassen Sie mich in einigen wenigen Zahlen ausdrücken. Wir haben die zweitgrößte Armee des Warschauer Paktes aufgelöst, die nationale Volksarmee. Das waren mehr als 8300 Panzer und gepanzerte Gefechtsfahrzeuge. Das waren mehr als 2200 Artillerie-Geschütze. Das waren fast 500 Flugzeuge und Hubschrauber, 71 Schiffe. Es war für eine Armee mit einer Friedensstärke von 160 000 Mann die charmante Zahl von 1,2 Millionen Handwaffen, und es waren 300 000 t Munition. Das haben wir unter strengster Kontrolle verschrottet oder zur Verwertung abgegeben. Wir haben mehr als 2300 militärische Anlagen übernommen und freigeräumt, um sie an die Länder und Kommunen abzugeben. 80% davon haben wir bereits abgegeben. Die Gesamtkosten betragen allein 1,6 Milliarden DM. Wir haben 136 km Grenzmauern und 818 Beobachtungstürme abgebaut, und wir haben 1,3 Millionen verlegte Minen entfernt. Was aber vielleicht das Wichtigste ist: Wir haben von den Soldaten der nationalen Volksarmee etwa 10000 in einem schwierigen, ehrlichen und, ich glaube, insgesamt gut gelaufenen Prozess übernommen. 10000 dienen heute bei uns, einige – ich glaube 103 – sind an der Führungsakademie der Bundeswehr.

Die Bundeswehr ist wohl der einzige Bereich in unserer Gesellschaft, in dem Menschen aus beiden Teilen unseres Vaterlandes von der Stunde der Vereinigung an gemeinsame Aufbauarbeit geleistet haben. Die menschliche Dimension dieser Leistung, die die Bundeswehr vollbracht hat, dürfte vielleicht, wenn wir auch sonst selten gelobt werden, in unserem Land auch einmal Anerkennung finden.

Ich gebe den Dank gerne weiter.

Schließlich mussten wir uns erstmals in der Bundeswehrgeschichte UN-Einsätzen stellen. Wir haben angefangen in der Stunde des Golfkriegs, als wir Soldaten aus dem Stand heraus, aus einer Gesellschaft, die überhaupt nicht darauf vorbereitet war, in die Türkei verlegen mussten. Wir haben dann das Räumen scharfer Minen im Persischen Golf durchgeführt. Das nennt man, glaube ich, in der neuen juristischen Sprache „humanitäre Aktion“, und wir sind dann nach Kambodscha, in den Irak und nach Somalia gegangen, und wir fliegen Tag für Tag nach Sarajevo, auch heute wieder.

In der Adria und im Luftraum über Bosnien tragen unsere Marine und unsere Luftwaffe in durchaus nicht ungefährlichen Einsätzen dazu bei, wenigstens die äußere Lage und die Lebensbedingungen der Menschen in dieser Region ein bisschen zu stabilisieren. Wir haben gestern erst erlebt, dass wir wieder Glück gehabt und – wie wir so hübsch sagen – einen near miss erlebt haben. Wir haben genau vor einem Jahr bei dem gleichen Flug auf Sarajevo den ersten Verwundeten in der Bundeswehrgeschichte gehabt.

In Somalia haben wir geholfen, in einer vom Bürgerkrieg zerstörten Region den Hunger zu stoppen, den Wiederaufbau einschließlich erster Strukturen der Selbstverwaltung einzuleiten. Dieser Einsatz war nicht umsonst, wengleich UNOSOM II aus Gründen, die nicht in Deutschland und nicht in der Verantwortung der Bundesregierung liegen, nicht den Erfolg erzielte, den wir alle erhofft haben. Militärisch gesehen war und ist der Einsatz in Somalia aber ein voller Erfolg. Die Bundeswehr hat sich in einer neuen Aufgabe, in die wir ganz plötzlich hineingestellt wurden, gut geschlagen, wir haben unheimlich viel gelernt, und wir sind dabei, noch weiter zu lernen. Die schwierigste Phase der Operation hat am vergangenen Sonntag begonnen mit der Verladung des ersten Teils auf die MS Germania.

Wir haben auch politisch viel gewonnen, weil wir gezeigt haben, dass wir bereit sind, Verantwortung wie Risiken zu teilen. Wir haben schließlich – wir als Soldaten – gelernt, was es heißt, Soldaten mitten im Frieden einzusetzen, wenn der Rest der Gesellschaft weiterhin im tiefsten Frieden lebt – eine Erfahrung, auf die wir nicht vorbereitet waren und auf die letztlich unsere ganze Gesellschaft nicht vorbereitet ist, die deutsche Soldaten zuletzt in den dreißiger Jahren dieses Jahrhunderts erlebt haben. Deswegen führte ich vorhin als erste Forderung an: Wir brauchen den Rückhalt in unserer Gesellschaft. Denn das wird in Zukunft der Regelfall sein, dass wir Soldaten mitten aus dem Frieden heraus einsetzen müssen, und jede dieser Missionen bedeu-

tet Risiko für das Leben.

Worum es im Kern dabei geht, ist die Bereitschaft der Bürger unseres Landes, für etwas einzutreten, für den Schutz dieses Landes auch Pflichten zu übernehmen und zur Abwehr von Gefahren auch Risiken zu ertragen und Opfer zu bringen. Ich weiß nur zu gut, wie schwer, aber letztlich auch wie nötig die Erfüllung dieser Forderung in allen Feldern der Politik gerade jetzt für unsre ohnehin schwer geforderte Gesellschaft ist. Ich sage das besonders gern in Hamburg, dieser stolzen Hansestadt, weil sie die einzige Landesverfassung hat, in der das Wort Pflicht als Pflicht der Bürger tatsächlich Verfassungsgebot ist. Alle anderen kennen das nicht.

Aber die Väter unseres Grundgesetzes haben wohl aus eigenem Erleben stillschweigend die Bereitschaft vorausgesetzt, für diese beste Verfassung unserer deutschen Geschichte auch Pflichten zu übernehmen. Und die Bereitschaft, Pflichten zu übernehmen, ist der zentrale Punkt für uns Soldaten in der Bundeswehr. Gelingt es, darin breiten Konsens zu erreichen, dann ist die Diskussion um die Bundeswehr, um ihre Rolle, um ihren Einsatz ganz leicht zu führen – auch die Diskussion um die allgemeine Wehrpflicht, von der ich meine, dass wir an ihr festhalten sollten. Es muss unserer Politik und uns allen gelingen, deutlich zu machen, dass der Staat, der für die Erhaltung unserer Werte und unserer freiheitlichen Lebensordnung verantwortlich ist, diese Aufgabe nur in dem Umfang erfüllen kann, in dem im Grundsatz alle Bürger bereit sind, ihren Beitrag in der einen oder anderen Form zu leisten, zumindest aber diejenigen ein bisschen zu achten, die bereit sind, für die Gesellschaft Dienst zu leisten und dabei auch persönlich Risiken zu tragen.

Hier hat sich in unserer Bevölkerung in den letzten zwei Jahren – wenn die Meinungsumfragen nicht täuschen – vieles getan. Wir haben eine sehr positive Entwicklung zu verzeichnen. Ich glaube, sagen zu können, daß die Bevölkerung in diesem Punkt oft sehr viel weiter ist, als viele glauben, und uns oft sehr nüchtern sagt, dass wir Deutschen in Sachen Risikoteilung keine anderen Regeln für uns aufstellen sollten, als alle europäischen Nachbarn es für sich auch tun.

Wenn ich ein paar Meinungsumfrageergebnisse nennen darf: 84% der Bevölkerung sehen in der Bundeswehr den Garanten für äußere Sicherheit; 70% im Jahr '92 und in '93. 82% sprechen sich für die NATO aus. 82% sind der Meinung, die Bundesrepublik müsse mehr internationale Verantwortung übernehmen, und fast die Hälfte der Befürworter hält eine deutsche Teilnahme an internationalen Militäreinsätzen für gerechtfertigt. Nahezu drei Viertel der Deutschen sind der Ansicht, die Vereinten Nationen sollten künftig auch Kampfeinsätze zur Durchsetzung von Hilfsaktionen durchführen. In einer anderen Umfrage nahm die Bundeswehr in Ost und West auf die Frage, wem man in unserem Land vertrauen könne, Platz drei ein. Wenn ich das mit vielen Konkurrenten vergleiche, ist das ein Traumergebnis.

Ich sehe somit, wenn auch mit gebotener Vorsicht, begrüßenswerte Zeichen eines Umschwungs im Meinungsbild. Aber das ändert sich schlagartig, kommt persönliche Betroffenheit ins Spiel. Wie oft hören wir gerade in Familien, in denen Verantwortung getragen wird, Bekenntnisse zur Bundeswehr und zum Bündnis. Aber wenn es darum geht, den eigenen Sohn zu überzeugen, Wehrdienst zu leisten, dann ist es doch sehr viel schicker, ja auch bequemer, viel leichter, sich resignierend dem Trend anzuschließen und sich nicht für die Bundeswehr auszusprechen. Manche von uns, ich glaube, viele, haben sich daran gewöhnt vom Staat alles zu verlangen, sind aber nicht bereit, ihm etwas zu geben oder sich wenigstens einmal schützend oder bekennend vor seine Institutionen zu stellen. Oft wird dann auch unsere Geschichte bemüht, um eine deutsche Sünderrolle zu beanspruchen. Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, haben wir wirklich ein Recht, von Nachbarn und Partnern zu fordern, energisch gegen Völkermord und Aggression einzuschreiten, uns aber selbst mit Betroffenheit zu begnügen und im Abseits zu stehen? Haben ausgerechnet wir ein Recht, Opfer von anderen zu verlangen? Eine Lehre aus unserer Geschichte kann das doch nicht sein. Haben nicht wir gerade aus unserer Geschichte heraus die Verantwortung, Völkermord und Unrecht entgegenzuwirken? Ich meine, nur das kann die Konsequenz aus den

Verirrungen dieses Jahrhunderts in der deutschen Geschichte sein.

Eine Sonderrolle in Europa billigt uns niemand mehr zu. Und jedes Beharren auf einer Sonderrolle würde als erneutes Zeichen deutscher Überheblichkeit mit Besorgnis und mit Befürchtung gesehen, vor allem von unseren unmittelbaren Nachbarn. Und das Wort vom incertitude allemande ist nicht nur in Frankreich gang und gäbe.

In einer unruhigen Welt werden wir nicht abseits stehen können, wenn wir nicht den Zusammenschluss Europas gefährden und unseren Einfluss marginalisieren wollen. Letzteres würden übrigens Handel und Wirtschaft ganz schnell und ganz unmittelbar merken. Wir werden auch nicht durch den arroganten Anspruch einiger weniger in unserem Land, angeblich im Besitz einer besseren Moral zu sein, die Grunderkenntnis christlicher Anthropologie verändern, wonach der Mensch zum Guten wie zum Bösen fähig ist und bleibt. Folglich werden wir Teile der Bundeswehr einsetzen müssen, wenn unsere Politik es so entscheidet, weil es nötig ist, um unser Land und unser Bündnisgebiet zu schützen, oder wenn es darum geht, dem Frieden auf der Welt zu dienen oder bedrohtes Leben zu schützen.

Lassen Sie mich dabei auch sagen: Es geht uns Soldaten nicht darum, dass wir diesen Einsatz brauchen, um uns selbst zu bestätigen, ganz im Gegenteil. Wir Soldaten – und das kann ich für meine zweieinhalb Jahre als Generalinspekteur nun sagen – werden weiterhin zu den äußerst Zurückhaltenden gehören, die der Politik militärischen Einsatz anraten, und ich habe keinen schnellen Rat von Soldaten zum militärischen Einsatz gehört. Es geht auch nicht um Militarisierung der Außenpolitik, im Gegenteil. Ich betone erneut: Militärischer Einsatz muss die ultima ratio bleiben. Aber es geht darum, dass wir für unsere Partner berechenbar bleiben und zeigen, dass wir bereit sind, das Grundverständnis von Bündnissen zu leben, nämlich Risiken zu teilen. Und wir dürfen auch nicht vergessen: Es ist diese Bereitschaft unserer Partner in den letzten vierzig Jahren, Risiken mit unserem Land zu teilen, gewesen, der wir es zu verdanken haben, dass wir beispiellosen Wohlstand erreicht haben. Wir leben nun in einer anderen Welt, aber der Leim, der Bündnisse zusammenhält, ist unverändert: Identität von Werten und Interessen sowie die Bereitschaft, Risiken und Verantwortung gemeinsam zu tragen. Wir brauchen nach wie vor Verteidigungsfähigkeit und den Willen der Menschen unseres Landes, gemeinsam mit anderen Risiken auf uns zu nehmen, um den Frieden in Europa und in der Welt sicherer zu machen.

Wir müssen sehen, dass wir eine gewaltige Chance haben, in einem geschichtlichen Augenblick die Gunst der Gestaltung zu nutzen, wenn wir bereit sind, uns der Herausforderung zu stellen. Ich bin als beinahe berufsmäßiger Optimist davon überzeugt, dass wir diese Chance nutzen werden und dass wir damit Frieden in und für Europa gestalten und Glück und Wohlergehen für die Generationen nach uns sichern werden. – Vielen Dank. ■